Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 87 (1993)

Heft: 10

Artikel: NW-Gespräch mit Sumaya Farhat-Naser : "Die Menschen Palästinas müssen selber Teil des Friedensprozesses sein"

Autor: Farhat-Naser, Sumaya

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143792

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Die Menschen Palästinas müssen selber Teil des Friedensprozesses sein»

Für ihr «öffentliches Eintreten für die politische Aussöhnung von Palästinensern und Israelis in Gerechtigkeit und Frieden» wurde Sumaya Farhat Naser 1989 von der theologischen Fakultät der Universität Münster (Westfalen) mit dem Ehrendoktortitel gewürdigt. Die Neuen Wege haben die damalige Ansprache der Geehrten veröffentlicht (vgl. NW 1989, S. 298ff.). In einem weiteren Heft (1991, S. 112ff.) folgte ein erstes Gespräch mit Sumaya Farhat Naser, das die Nöte des gedemütigten palästinensischen Volkes schilderte und unter dem Titel stand: «Ein Palästina-Staat ist dringender denn je». Jenes Gespräch wurde am selben Tag geführt, an dem die Waffen im Golfkrieg schwiegen. Das folgende Gespräch fiel auf den nicht weniger «historischen» Tag der gegenseitigen Anerkennung zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO. Wie beurteilt Sumaya Farhat Naser als Palästinenserin, Dozentin für Biologie an der Universität Birzeit (West Bank) und Mutter von drei Kindern, heute die Friedenschancen? Sie berichtete darüber auf einer Informationsreise durch die Schweiz, eingeladen von einer Kirchgemeinde und vom Christlichen Friedensdienst cfd, dem sie seit mehr als 20 Jahren nahesteht. Durch ihn ist sie als «Botschafterin der palästinensischen Sache» in der Schweiz bekannt geworden. Das Gespräch für die Neuen Wege führten Rosmarie Kurz und Samuel Maurer. *Red.*

Ein historischer Tag ohne Hochstimmung

NW: Eigentlich müsstest Du am heutigen Tag, der als «historische Wende» bezeichnet wird, in Hochstimmung sein. Seit wir Dich kennen, hast Du in wachsender Verzweiflung auf ein Zeichen der Wende gewartet. Seit Jahren kämpfst Du – auch zusammen mit israelischen Frauen – für die Überwindung von Vorurteilen und für die gegenseitige Anerkennung...

Sumaya Farhat Naser: Die erfolgte Vereinbarung ist zweifellos ein wichtiger, wenn auch nur ein *erster Schritt*. Die Anerkennung der PLO bedeutet für uns die Anerkennung der Palästinenser und Palästinenserinnen als ein Volk sowie das Recht dieses Volkes auf Selbstbestimmung, nationale Befreiung und auf eine Heimstätte. Dieser Schritt kommt spät – fast zu spät. Er hätte längst geschehen müssen. Viele Leiden und gewaltige Probleme wären uns dadurch erspart geblieben, die es nun zu lösen gilt. Die Wunden sind tief, das Misstrauen und die Ängste gross.

Die Palästinenser, die zu den Vereinbarungen in Opposition stehen, brauchen eine Zusicherung, dass im Endeffekt *grundlegende Rechte* verwirklicht werden, die bisher in den Verhandlungen ausgeklammert wurden: das Recht auf Jerusalem zum Beispiel, das Rückkehrrecht, die Rechte auf Wasser und Land, Fragen der Siedlungen, der Grenzen und vor allem die Sicherheitsfrage. Solange Israel die volle Verantwortung für die Sicherheit behält, bestehen auf unserem Gebiet zweierlei Rechtssysteme: für die Israelis demokratische und zivile Rechte, für die Palästinenser Militärverordnungen und Notstandsgesetze aus der Mandatszeit, auf denen die schweren Menschenrechtsverletzungen beruhen, de-

nen wir ausgesetzt sind. Als erstes müssten die Israelis deshalb diese Verordnungen und Gesetze ausser Kraft setzen und uns zivile und menschliche Rechte zugestehen.

Die Menschen bei uns müssen spüren, dass mit den Vereinbarungen bessere Lebensbedingungen in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beziehung verbunden sind. Es herrscht zur Zeit eine *ungeheure Hoffnungslosigkeit,* das Gefühl des Verlorenseins. Die Zerstückelung der Familien trägt dazu bei. Hinzu kommt die generelle Perspektivlosigkeit – vor allem auch der jungen Generation. Sie muss die Möglichkeit zur *Planung der Zukunft* erkennen: Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Bewegungsfreiheit, die Erschliessung von Gebieten, die Verbesserung der Infrastruktur und des Sozialwesens.

NW: *Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit diese Vereinbarung gelingen kann? Was sind die Voraussetzungen, damit auch die Menschen in der West Bank, die von der Autonomie-Regelung ausgeschlossen sind, Vertrauen in diesen ersten Schritt fassen können?*

Sumaya Farhat Naser: Es ist entscheidend wichtig, dass dieser Friedensprozess von den Menschen selbst getragen wird; sie müssen ein Teil dieses Prozesses sein, *mitdenken und mitbestimmen* können. Es ist auch wichtig, dass die Opposition ihre Bedenken und Einwände äussern kann, dass wir diese in einem friedlichen Dialog verarbeiten, gemeinsam zu Einsichten kommen und so Vertrauen in den Prozess gewinnen.

Wir wollen nicht mehr, als jedes andere Volk für sich beansprucht. Ich hoffe und erwarte, dass wir dies auf dem Wege der Verhandlungen erreichen werden, denn unsere Forderungen sind legitim. Es sind Rechte, die uns als *elementare Menschenrechte* zustehen.

Wir müssen uns selber helfen

NW: *Wir haben durch Dich immer wieder erfahren, wie intensiv auf palästinensischer Seite – trotz aller Hindernisse und Schikanen durch die Besatzung – seit Beginn der Intifada an den Voraussetzungen für eine Selbstverwaltung gearbeitet wird. Welche Bedeutung kommt diesen Projekten in der heutigen Situation zu?*

Sumaya Farhat Naser: Die ersten 15 Jahre der Besetzung waren dadurch gekennzeichnet, dass wir einfach abwarteten, hofften und glaubten, dass andere unsere Probleme lösen würden. Wir haben dabei nur Enttäuschungen erfahren, wir haben nur verloren – immer wieder und immer mehr verloren. Es blieb uns nichts anderes übrig, als unser *Schicksal in die eigenen Hände* zu nehmen und für unser Überleben zu kämpfen.

Die *Intifada* half uns, aus unserer Passivität herauszutreten. Wir erkannten, dass wir uns selber helfen müssen. Die Zeit war gekommen, trotz aller Widerstände aktiv am Aufbau unserer Gesellschaft zu arbeiten. Deshalb wurden in allen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen *Projekte* erarbeitet, die auf unsere Unabhängigkeit sowohl von Israel, als auch von anderen Staaten zielten. Im Bereich der Wirtschaft und der Landwirtschaft, im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsbereich entstanden aufgrund von Bürgerinitiativen und Privatinitiativen Komitees zur Planung und Ausführung dieser Projekte, und es besteht heute je ein oberster Rat für diese Bereiche. Eine umfassende Planung im Blick auf einen zukünftigen Staat wurde an die Hand genommen. Das geschah natürlich nicht losgelöst von der PLO, sondern entwickelte sich mit deren Geld und Sachverstand. Die obersten Räte könnte man als Ministerien verstehen. Als Institutionen sind sie in den besetzten Gebieten vorhanden, aber nicht als solche registriert. Die Israelis wissen, dass so etwas existiert, obschon es offiziell nicht existieren dürfte.

Hier hat die *Europäische Gemeinschaft* eine wichtige Rolle gespielt. Früher kamen die Finanzen zu einem grossen Teil aus den Steuergeldern der Palästinenser und Palästinenserinnen, die in den Golfstaaten

arbeiteten. Durch den Golfkrieg gerieten wir in die Krise. Die reichen Palästinenser verarmten. Viele wurden deportiert und damit zu Flüchtlingen. Die PLO wurde in ihrer Funktion als Geldgeberin und Führungskraft empfindlich geschwächt und geriet ihrerseits in eine Krise. Das hat die EG erkannt. Sie hat uns in verschiedenen Bereichen geholfen und dabei versucht, die Koordination und die richtige Verwendung der Gelder, die heute aus einem Fonds stammen, zu gewährleisten.

Die EG finanziert Grossprojekte zum *Aufbau der Infrastruktur* – zum Beispiel ein Kanalisationssystem für die Stadt Bethlehem sowie für ein Flüchtlingslager. Jetzt hat die EG auch einem Kanalisationssystem für die Stadt el-Bireh zugestimmt, mit einer angeschlossenen Recycling-Anlage für Wasser, die auch die umliegenden Dörfer bedient. Mehrere Feuerwehr- und Müllabfuhrautos für die Städte wurden finanziert, Private beim Bau einer Zementfabrik und bei Bauprojekten für Wohnungen unterstützt. Hier brauchte es den Druck der EG, damit die Militärbehörden Baubewilligungen erteilten. Die EG hat zudem erreicht, dass Israel die einkassierten Steuergelder der Palästinenser diesen für eigene Projekte zur Verfügung stellt.

Neben der EG gibt es die *NGOs:* regierungsunabhängige Organisationen wie Caritas, das Rote Kreuz, den cfd und die Centrale Sanitaire Suisse, die zum Teil seit vielen Jahren in Projekten involviert sind, die von Bürgerinitiativen ausgehen. Ohne diese Unterstützung wären viele Projekte für Schulen, Alters- und Kinderheime, landwirtschaftliche Planung und Entwicklung, medizinische Versorgung, Produktions-Kooperativen, Milchproduktion, Hühner- und Bienenzucht nicht weitergegangen. Es wird Jahre dauern, bis die Infrastruktur aufgebaut ist und die Lücken in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen durch ein Regierungsprogramm abgedeckt werden können. Ob die heute beschlossenen Vereinbarungen zum Tragen kommen, ist darum zu einem wesentlichen Teil eine Frage der Unterstützung von aussen.

Frauen in Politik und Wirtschaft

NW: *In den Bemühungen um eine eigenständige Infrastruktur hast Du Dich seit Jahren intensiv für eine aktive Rolle der Frauen engagiert. Du hast von Eurer Solidarität untereinander gesprochen, die dem Druck der Besatzung widerstand, und vom Aufbau zahlreicher Kleinprojekte, die für viele Frauen zugleich ein emanzipatorischer Schritt zur Überwindung der traditionellen Frauenrolle waren. Wie siehst Du die Zukunft der Frauenarbeit?*

Sumaya Farhat Naser: Die Intifada hat vieles in Bewegung gebracht, was zuvor durch *Frauenorganisationen* und mit Hilfe der Universität eingeleitet worden war: Bildungs- und Alphabetisierungskurse in Dörfern und das Bemühen, mit eigenen Projekten Frauen in den Produktionsprozess einzugliedern.

Während der Intifada zwang uns die Realität, mit *Traditionen zu brechen* und uns im öffentlichen Leben zu engagieren. Das führte auch dazu, dass Frauen sich an Produktionsprojekten in der Wirtschaft beteiligten und Führungsaufgaben übernahmen. Wir mussten aber erfahren, dass uns die neuen Aufgaben in erster Linie grosse Mehrbelastungen brachten, nicht aber in die Lage versetzten, die Gesellschaftsstrukturen zu ändern. Wir mussten erkennen, dass dies nur geschehen kann, wenn mehr Frauen in die Politik gehen und dort mitbestimmen. Die Krise nach dem Golfkrieg und die Rezession brachten in der Frauenarbeit einen Rückschlag. Die Schwierigkeiten, die sich in den Projekten niederschlugen, wurden den Frauen angelastet und deren Fähigkeiten in Frage gestellt. Viele Frauen konnten ihr bisheriges Engagement nicht aufrechterhalten und waren gezwungen, sich wieder zurückzuziehen.

Eine weitere Enttäuschung erfuhren wir in den *Friedensaktivitäten* der Frauen. Seit Jahren schon hatten wir Kontakte zu israelischen Frauen aufgenommen. Es fanden intensive Gespräche im Untergrund statt, die schliesslich auch viele Männer über-

zeugten. Aber als dann die offiziellen Friedensgespräche begannen, mussten wir feststellen, dass wir Frauen nicht gefragt waren. Wir erkannten: Wir haben zwar tolle, tüchtige Frauen, aber wir haben noch keine fähigen Politikerinnen, die für die Stunde X zur Verfügung stehen und unsere Anliegen wirksam vertreten könnten. Wir mussten einsehen, dass es nicht genügt, Frauen für Basisaktivitäten und Freiwilligenarbeit zu gewinnen. Sie müssen auch befähigt werden, in Entscheidungsgremien der Politik mitzuarbeiten und im Produktionsprozess die Entwicklung der Wirtschaft mitzubestimmen.

Die Frauenorganisationen und die aktiven Frauen in politischen Parteien, aber auch die Unabhängigen, zu denen ich gehöre, sahen sich gezwungen, ihre bisherige Arbeit zu überdenken. Dies führte zur Planung eines Seminars für die *Bildung von politischen Frauenkadern.* Das bisherige politische Engagement von Frauen endete in einer Sackgasse, weil die Ideologie der Partei Priorität hatte. Der nationale Kampf stand im Vordergrund, aber für das Erkennen und das Vertreten der sozialen Probleme waren die Frauen nicht geschult. Die Ausbildung im Seminar sollte sie nun befähigen, diese Probleme zu erkennen, zu analysieren und darzustellen. Das Angebot richtet sich an Frauen aus politischen Parteien, die bereit sind, sich bei Wahlen zur Verfügung zu stellen. Die Schulungsarbeit selber wird von unabhängigen Frauen betreut, um parteigebundene Ideologien auszuschliessen. Das Seminar will nicht eine ideologische, sondern eine handwerkliche Ausbildung vermitteln. Leiterin des Seminars in Nablus ist eine bekannte Schriftstellerin. Ihr zur Seite steht ein Beratungsgremium, dem auch ich angehöre. In dieser Kommission arbeiten heute auch fortschrittliche Männer mit, auf die wir angewiesen sind. Diese Männer bieten dem Zentrum den nationalen, sozialen und menschlichen Schutz, den wir benötigen. Es war nämlich anfangs sehr schwierig, die gesellschaftliche Anerkennung für das Projekt zu gewinnen. Inzwischen sind bereits dreissig Frauen ausgebildet, und wir konnten feststellen, dass viele von ihnen bereits Führungspositionen in den Parteien erlangt haben.

Fundamentalistische Drohungen

NW: *Wer finanziert diese Arbeit, und wie reagieren fundamentalistische Kreise auf diese Aktivierung von Frauen?*

Sumaya Farhat Naser: Das erste Geld und viele Impulse kamen von italienischen Frauen. Dann haben die EG und die Welfare Association in Genf weitergeholfen. Es sind jetzt aber Bestrebungen im Gang, das Zentrum finanziell vom Ausland unabhängig zu machen. Ein Projekt zur Herstellung von Nähgarn wurde entwickelt, weil bei uns die Textilindustrie stark verbreitet ist und das Nähgarn bisher aus Israel kommt. Die EG sagte uns die Finanzierung zu und schickte ihren Kommissar für Nahost an das Fest des Gründungsaktes, an dem auch Vertreter der palästinensischen Handelskammer, der Stadtrat und weitere Honoratioren teilnahmen.

Natürlich haben *fundamentalistische Kreise* äusserst heftig gegen das Zentrum und seine Leiterin protestiert, die als «Seuche der Gesellschaft» beschimpft wurde. In der Moschee wurden beängstigende Drohungen ausgesprochen. Dies war für uns ein weiterer Grund, fortschrittliche Männer in unser Vorhaben einzubeziehen.

Ein Ableger des Zentrums besteht auch in Gaza. Aber dort kann der Betrieb nur in reduzierter Form durchgeführt werden, weil wir als ausbildende Kräfte nicht hindürfen.

Das palästinensische Volk braucht positive Erfahrungen

NW: *Dein Sohn Aenis wurde vor drei Jahren auf dem Heimweg von der Schule von israelischem Militär angeschossen und schwer verletzt. Er war damals 15 Jahre alt. Weil ihm die Verhaftung drohte, musste er sein Abitur im Untergrund vorbereiten. Seit drei Monaten sitzt er auf Grund will-*

kürlicher Anklagepunkte im Gefängnis. Er erlebt dort Unrecht, Demütigung und Gewalt – ein Schicksal, das er mit unzähligen palästinensischen Jugendlichen teilt. Wie kann in einer jungen Generation von Palästinensern und Israelis, die sich gegenseitig bisher nur als Feinde wahrgenommen haben, Vertrauen und Bereitschaft zur Zusammenarbeit geschaffen werden?

Sumaya Farhat Naser: Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, denn die Wunden sind wirklich sehr tief, besonders bei der *jüngeren Generation,* und mit ihr wird Israel den Frieden aufbauen müssen. Es ist jetzt sehr viel psychologische und erzieherische Arbeit gefordert. Die Menschen müssen positive Erfahrungen machen können, um Vertrauen in die neue Situation zu gewinnen. Das Misstrauen und der Hass sind sehr gross. Aber ich glaube doch, dass Anzeichen einer allgemeinen Entspannung den Weg ebnen könnten. Es braucht einerseits das Ende der Demütigungen und die Aussicht auf eine bessere Zukunft. Parallel dazu aber sind konkrete Erziehungsprogramme, Fernsehprogramme und Diskussionen notwendig – Aktivitäten, die auf Gewaltlosigkeit hinzielen, auf Menschlichkeit und gegenseitiges Sich-Kennenlernen. Aber das wird viel Zeit beanspruchen.

NW: *Was können wir hier in der Schweiz zum Gelingen der erfolgten Annäherung und über diesen ersten Schritt hinaus zu einer Gesamtlösung beitragen, die dem palästinensischen Volk seit über vierzig Jahren verweigert wurde?*

Sumaya Farhat Naser: Die *Schweiz* leistete bisher schon Hilfe über die UNWRA und andere humanitäre Organisationen. Das muss weitergehen, denn die Probleme der Flüchtlinge werden noch lange andauern. Wir brauchen zudem materielle Hilfe beim Aufbau der Infrastruktur und für die Basisarbeit. In erster Linie aber brauchen wir *politische Unterstützung,* die es ermöglicht, die israelische Regierung zu überzeugen, dass der Friede nur durch die Verwirklichung der Menschenrechte, der politischen und nationalen Unabhängigkeit erreicht werden kann. In dieser Beziehung kann die Schweiz sehr viel tun. Daneben sollte sie sich auch an technisch-administrativer Hilfe beteiligen: zum Beispiel an Berufsschulen und am Aufbau einer Kranken- und Altersversicherung. Auf solche Hilfe werden wir noch lange angewiesen sein.

NW: *Sumaya, wir danken Dir für dieses Gespräch.*

Das Problem des Staates Israel besteht in der historischen Tatsache, dass es hier zwei Völker gibt, von denen jedes dieses Land seine Heimat nennt. Dieser Anspruch ist die Folge einer jahrhundertelangen Geschichte, die nicht rückgängig gemacht werden kann. Daher müssen beide Parteien auf die Vorstellung verzichten, ihre Staatlichkeit im Rahmen des gesamten historischen Palästina verwirklichen zu können.

(Jeschajahu Leibowitz, Naturwissenschaftler und Philosoph, in: DER SPIEGEL, 1.2.93)